

Pressemitteilung

Transparenzforderungen zum Kreiensener Wasser lösen Kopfschütteln aus

Mit einem Antrag fordert die SPD von der Bürgermeisterin eine Unterrichtung der Kreiensener Bürger über die Ursachen für eine Veränderung der Abwassergebühr. Dabei kommen SPD-Ratsherren aus Kreiensen zu Wort, die unter anderem mehr Transparenz einfordern.

Bei der CDU-Ratsfraktion löst dieses ganz „offensichtlich populistische Manöver gegen die Bürgermeisterin“ nur Kopfschütteln aus, so die CDU-Fraktion in einer Mitteilung. Zum einen bleibe die Höhe der Abwassergebühr konstant und zum anderen sollten exakt die SPD-Ratsherren, die bereits zu Zeiten der Gemeinde Kreiensen politische Verantwortung getragen haben und heute auch im zuständigen Betriebsausschuss sitzen, eigentlich ganz genau wissen, warum die Stadtentwässerung Einbeck diesen Vorschlag zur Beratung vorlegen muss. Die jetzige Vorlage zur Gebührenanpassung in Kreiensen ergeben sich klar als Konsequenz aus der vom Rat der Gemeinde Kreiensen beschlossenen Abwasserentsorgung, der geringen Kanalbaubeiträge, der Zinsen für langfristig laufenden Kredite, der vertraglich ausgeschlossenen vorzeitigen Kreditablösungen mit Neuaufnahme zu heutigen Konditionen sowie der beschlossenen Tilgungsmodalitäten. Exakt diese Punkte führen zu dieser Beratungsvorlage. „Jetzt so zu tun, als wisse man von nichts und zu versuchen, der Bürgermeisterin, der Fusion oder der Stadtentwässerung den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben, ist in unseren Augen scheinheilig und unredlich“, so die CDU-Fraktion in ihrer Stellungnahme. Hier sollten die Verantwortlichen den Mumm haben, auch zu ihren Entscheidungen und den Folgen zu stehen. Genau das mache die geforderte Transparenz und Offenheit den Bürgern gegenüber aus, so die CDU-Fraktion.